

Katholik

für Schlesien

als den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch die Buchhandlungen 11, durch die Zweigstelle, Bürgerschaftsgäßchen Reichs-, Goldmarkt 140, sowie durch alle Buchläden zu bezahlen. — **Bezugs-**
preis im Postaus zu entrichten mindestens 0.40 Goldmark, monatlich 1.70
Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Berlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Reaktion Ring 3141
Postkod.-Konto: Postkod.-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 14 Pf. ausdrücklich 17 Pf. Anzeigen unter Text
7 Pf. Stecknadeln 10 Pf. Kommissionanzeigen, Ballengelände, Vereins-,
Veranstaltungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleinanzeigen pro
Wort 3 Pf. das Seite Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition
Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Um das Reichs-Schulgesetz

Weitere Einzelheiten aus dem Külz'schen Entwurf.

Im Laufe des Monats September wird eine Sozialdemokratische Lehrerkonferenz zu den neuen Schulgesetzen des Reichsinnenministers Stellung nehmen. Eine rechte Stellungnahme ist deshalb notwendig, weil die Lüftung des Schiedes von dem neuen Reichsschulgesetzentwurf Dinge bekannt werden lässt, die alle Freunde einer modernen Schulreform mit grösster Sorge erfüllen muss.

Wie wir von unserer Seite erfahren, behält der neue Entwurf, der nach ausdrücklichen Befehl des Ministers kein reines Rahmen, sondern ein sogenanntes Grundgesetz werden soll, die Voraussetzung der Regierungskule (Gemeinschaftsschule) des Artikels 146, Abs. 1 der Reichsverfassung grundsätzlich bei. Über was der Minister mit der einen Hand gibt, nimmt er mit der anderen; denn nachdem das Reichsgericht grundsätzlich den Charakter der einzelnen Schularten festgelegt hat, soll es den Läden, möglichst unter Beteiligung der Gemeinden, freigestellt werden, festzustellen, welche Schule Bekennisschule, Simultane oder weltliche Schule ist. Das bedeutet, dass erstmals vier Jahren werden soll, wie es der Schied-Gürkische Entwurf einerzeit vorgesehen hat. Das bedeutet praktisch wohl sicher eine Bevorzugung des historisch gegebenen Schultyps, also der Bekennnisschule durch eine Anzahl von Landesregierungen.

Die einzelnen Schularten sollen möglichst formal charakterisiert werden, etwa so, wie es der Koch-Schulz'sche Schulentwurf vorschlägt. Doch soll die Bekennnisschule in ihrer Gesamtheit nicht im Geiste des Bekennnisses eingerichtet werden, sondern die Bekennnismögliche Bindung soll allein auf den Religionsunterricht beschränkt bleiben. Ebenso sollen keine Bestimmungen für Schulverwaltung und Aufsichtscontrole über Sitten und Gebräuche gegeben werden. Dagegen soll man festlegen, dass eine derartige Beaufsichtigung durch den Staat statfinden darf. Den Ländern soll es freiestehen, für ihre Gebiete den Religionsgesellschaften zu gestalten, sich von der bekennnismöglichen Führung des Religionsunterrichts zu überzeugen.

Wie man sieht, bringt der Entwurf an manchen Stellen weisse Fortschritte. Aber in der entscheidenden Frage veragt. Wenn auf dem Umweg über die Länder den historischen Schultypen von vornherein eine so starke Position verschafft wird, dass sie alles andere an die Wand drücken können, dann darf der Entwurf untragbar. Ob auf der anderen Seite die Einschränkung des radikalen Bekennnisschulgedankens vom konfessionellen hingenommen werden wird, erscheint uns möglich. Schon im Kabinett dürfte der Entwurf deshalb auf große Widerstände stoßen.

Deutsch-nationale Minierarbeit anlässlich des Katholikentages.

Eine Anzahl führender geistlicher und weltlicher Redner des Katholikentages hat diesmal mit besonderem Nachdruck Mahnungen zur Einigkeit an die Adresse der deutsch-nationalen Katholiken gerichtet. Die deutsch-nationale Presse — mit Ausnahme rechtsextremer Blätter vom Schlag der altsächsischen Deutschen Zeitung — hat diese Rücksichten auf die Bürgerblödung in Zentrumskreisen während des Katholikentages nicht ausgenutzt, indem sie durch friedliche Töne den Verbot auf jede Festlegung der mittelparteilichen katholischen Politiker gegen rechts erreichte und den Reichskanzler Marx zu Neden veranlaßte, die durch Furchlosigkeit jede politische Karriere und damit jede Bedeutung verloren. Während öffentlich aber Westarp und die „Schlesische Zeitung“ zur Zeit des Katholikentages dem Zentrum mit Koalitionsangeboten winkten, so daß man dabei im Innern den Wunsch verfolgt, das Zentrum und die Führung zu schwankender Taktik weiter zu zerstören. Als Beweis dafür mag den mittelparteilichen Politikern folgendes kurz vor dem Katholikentag erlassene vertrauliche deutschnationale Rundschreiben dienen:

Breslau, 18. August 1926.

Aus dem Parteidüzo. Es ist in der letzten Sitzung des Hauptvorstandes angeregt worden, weitere Mitglieder und Vertrauliche zu Steigerung von Mitgliedern zu vertragen. Die Tatsache, daß wir hier in Breslau bei den letzten Reichstagswahlen 78 000 Stimmen gegen 17 500 eingetragene Mitglieder beweist, daß hier noch ein sehr großes Arbeitsfeld vor uns liegt. Es steht außer Zweifel, daß bei den Sozialdemokraten und Kommunisten jeder Wähler aus einem getrennten und vor allen Dingen zahligem Mitglied ist (1), während bei uns gegen 60 000 Wähler sich der praktischen Arbeit und Beitragszahlung entziehen. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, diese 60 000 deutsch-nationalen Wähler dazu zu beeinflussen, daß sie nicht nur deutsch-national wählen, sondern sich auch als Mitglieder der Partei eintragen lassen und so am Wiederzubau unseres Staates mitarbeiten. Ein weiterer Erfolg verprechendes Arbeitsfeld bieten uns die nationalen Katholiken. Schon längst vertreten das Zentrum parlamentarisch nicht mehr den Katholizismus, sondern vielmehr nur ein Drittel des nationalen Katholiken steht noch hinter dieser Partei. Die anderen zwei Drittel gehören wohl noch formal dem Zentrum an, sind aber mit der sozialdemokratischen Politik der Zentrumspartei längst nicht mehr ein-

verstanden. Auch hier muß unsere Arbeit tatkräftig eingesetzt. Als Werkzeug für diese Arbeit unter den nationalen Katholiken erhält jede Stadtteilung 30 Stück „kleiner Katholikus für rechtsstehende Katholiken und Jolks“, die es werden wollen.“ Wir wissen, daß diese schwere, aber auch schöne und beständigende Werbearbeit nur von unseren verehrten Vertraulichen und Mitgliedern unter Leitung der Herren Stadtteilungsvorstandenden geleistet werden kann. Wir wissen aber auch, daß diese unsere altbewährten und in so vielen Wahlkämpfen erprobten Mitarbeiter auch jetzt wieder gern und freudig für unsere nationale Sache einstehen werden.

Die Herren Stadtteilungsvorstandenden werden gebeten, alsbald mit dieser Werbearbeit zu beginnen. Zu diesem Zweck erhält jede Stadtteilung vorerst hundert Beitragsserklärungen zur Weitergabe an die Vertraulichen. Weitere Beitragskarten sind jederzeit im Parteidüzo, Ring 1, zu haben. Die Vertraulichen bitten wir, auf den Beitragsserklärungen der von ihnen geworbenen Mitglieder stets unten in der linken Ecke ihren Namen und Stadtteilung zu vermerken. Der Kreisverein behält sich vor, denjenigen zehn Vertraulichen, die bis zum 30. November 1926 die meisten Mitglieder geworben haben, eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten.

ges. Unterschrift.“

Den beigefügten „Katholikus“, ein einziges Arsenal von Agitationsmitteln gegen das Zentrum, näher zu beleuchten, haben wir nach diesem Text wohl nicht mehr notwendig. Bezeichnend ist die Gleichzeitigkeit der Westarp'schen Einladung und solcher unerträglicher Angriffe. In den Jahren nach der Revolution hat das Zentrum durch die entschiedene Politik von Erzberger und Wirth sicherlich einen Teil seiner Anhänger nach rechts verloren. Wenn es glaubt, daß es jetzt durch Bürgerblödpolitik diese Rechtsgefahr für sich ausschalten kann, wird es sich durch solche Dinge vom Gegenteil überzeugen lassen müssen. Versprechen aber können wir ihm dann einen neuen, verschärften Kampf um seine Arbeiterwähler, der ihm auch von links her wieder Wunden schlagen und die Macht noch weiter zerreißen wird. Man kann auch allzu schlaug sein!

Ein Ausführungsgesetz-Entwurf zum Diktatur-Artikel der Reichsverfassung.

Die Sozialdemokratie hat wiederholt gefordert, daß endlich ein Ausführungsgesetz zu dem vielumstrittenen Artikel 48 der Reichsverfassung geschaffen wird, der bekanntlich dem Reichspräsidenten die Vollmacht gibt, in schweren Notfällen wesentliche, in der Verfassung verankerte Grundrechte ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen. Das Ausführungsgesetz ist nunmehr vom Reichsinnenminister fertiggestellt worden.

Offizierskämpfe um die spanische Diktatur?

In einer Neutermeldung heißt es: „Einer französischen Quelle zufolge ist in Spanien eine sehr ernste Lage entstanden infolge der Forderung von Artillerieoffizieren, daß der König den Premierminister Generalführer Primo de Rivera entlassen sollte. Als Antwort darauf unterbreitete Primo de Rivera dem König ein Dekret, das das Artilleriekorps auflöst und die Waffenfabriken in Toledo und Trubia unter Zwilkontrolle stellt. Weiter wird mitgeteilt, der König habe sich geweigert, das Dekret zu unterschreiben, und sei sofort nach Sanlúcar abgereist, wo die königliche Familie sich aufhält.“

Ein übernationaler Linksblock in der Tschechoslowakei?

Prag, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten fordert am Mittwoch in einer Besprechung der am Dienstag gefaßten Entschließung des Parteivorstandes, die sich gegen den Eintritt in die Regierung ausgesprochen hat, die Bildung eines oppositionellen Linksblocks. Es nennt als in Frage kommende Teilnehmer die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten, die Legionäre, die tschechischen Nationalsozialisten, die Nationale Arbeiterpartei und die fortschrittlichen Kulturbewegungen. An die Kommunisten wird dagegen eine entschiedene Ablage gerichtet.

Nachdem deutsche und tschechische Agrarier und andere bürgerliche Parteien beider Nationalitäten in Prag eine gemeinsame Regierungsmehrheit gebildet haben, ist der Zusammenschluß der deutschen und tschechischen Linken zu einer ebenso gemeinsamen Opposition eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Da die tschechischen Kommunisten seit langem eine sehr oppositionsfähige Taktik treiben, durften auch sie einen solchen Linksbloc praktisch unterstützen. Der Wunsch tschechischer Sozialdemokraten, die Linie gegen sie scharf abzugrenzen, und dafür mit den (bürgerlich-demokratischen) Nationalsozialisten enger zusammenzuarbeiten, verrät die Hoffnung, aus einem solchen Oppositionsbloc in absehbarer Zeit eine Regierungsmehrheit zu machen.

Das Mieterschutzgesetz nach den Beschlüssen des Reichstags.

Von H. Silberschmidt, M. d. R.

Die absoluten Eigentumsrechte der Hausbesitzer, die Freiheit der Kündigung, der Mietzinsbildung und anderes mehr, sind zum ersten Male im Kriege etwas eingeschränkt worden. Nach dem Kriege ist dann der Mangel an Wohnungen zu einer nie dagewesenen Wohnungsnott angegangen, sodass bei einer Freigabe der Wohnungswirtschaft die allerübelsten Folgen befürchtet werden müssten.

Um den größten Gefahren zu steuern, entstanden die Gesetzeswünsche über Mietpreisbildung und Mieterschutz. In der Begründung sagt die Regierung:

„Der Grundgedanke des Entwurfs ist folgender: Mietsteigerungen sollen nur insofern zugelassen werden, als sie durch Steigerungen der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig geworden sind.“

und zum Mieterschutzentwurf:

Nachdem im Reichsmietengesetz Vorsorge getroffen ist, die Bildung übermäßig hoher Mietzinsen zu verhindern, beweist der vorliegende Entwurf, den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Beendigung des Mietverhältnisses so weit zu schützen, als sich dies mit den berechtigten Interessen des Vermieters irgend vereinbaren läßt.“

Nachdem den beiden Entwürfen durch den Reichstag Gesetzeskraft verliehen, ist von Hausbesitzerkreisen und den hinter diesen stehenden Rechtsparteien gegen die Gesetze ein heftiger Kampf entfaltet worden.

Gefordert wurde die gänzliche Aufhebung der die Freiheit zur Ausmusterung der Vermieter einschränkenden Bestimmungen. Dielem Verlangen schlossen sich die sogenannten Wirtschaftsführer der Industrie an; der Städtetag und die Mehrheit des Reichswirtschaftsrates forderten Lockerung der Zwangswirtschaft.

Es muß anerkannt werden, daß Reichsregierung nebst Reichsrat dem stürmischen Verlangen auf gänzliche Freigabe nicht gefolgt sind, aber die Lockerungen, die die Abänderung vorjahrs bedeutete ein weitgehendes Entgegenkommen den Wünschen des organisierten Hausbesitzes und einen wesentlichen Abbau des Mieterschutzgesetzes.

Die Sozialdemokratische Fraktion mußte bei der Zusammensetzung des Reichstages die Hauptaufgabe darin erblicken, die größten Verschlechterungen zu verhindern.

Der Hauptangriff richtete sich gegen § 1 des Gesetzes. Dem Vermieter sollte wieder wie ehemals das Kündigungrecht zuerkannt werden. Dieser Angriff ist zurückgewiesen. Der Vermieter kann nur wie bisher beim ordentlichen Gericht auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn die im § 2—4 bezeichneten Gründe vorliegen. Der Kläger hat die Beweislast zu erbringen und das Gericht entscheidet. Die bedeutendsten Ver schlechterungen sind im folgenden zu erblicken:

1. Der Vermieter kann fortan auf Aufhebung klagen, wenn der Mieterland den Betrag einer Monatsmiete übersteigt. Bisher, wenn der Mieter mit zwei vollen Monatsbeträgen im Rückstand war.

In der Zeit der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit und der durchdringenden Verarmung der Mittelschichten, der Alten, der Sozialrentner, der Siechen usw. eine ungeheure Gefahr.

Das Uebel wird nicht aufgehoben, aber gemildert durch die neue Bestimmung des Gesetzes, wonach der Gerichtsgericht von jeder Aufhebungslösung wegen Mieterland der Mietzinsabfuhr keine Mietzahlung mögen muß. Durch diese Vorkehrung wird mehr der Vermieter geschützt, denn die Armenförderung die rückständige Miete zu führen wird. Dem armen Mieter aber verbleiben die feindlichen Quellen und Befürchtungen, mit seiner Familie obdachlos zu werden und die Last der harten Bestimmungen, welche in solchen Fällen die Armenförderung stellen muss.

2. Nach dem Wunsch der Wirtschaftspartei sollten die Räume der Gewerbetreibenden nicht mehr dem Mieterschutz unterstehen. Das ist zwar abgelehnt, aber die Bundesregierung haben das Recht, von jen aus den Schutz für Gewerbetreibende in einem Falle Anspruch auf Erholungsraum. Der Vermieter hat das Recht, im Wege der Klage die Raumung der gewerblichen Räume zu fordern, wenn er diese für eigene gewerbliche Zwecke bedarf.

3. Den armen Mieter braucht zumindest nur ein ausreichender Erholungsraum zugestellt werden, wenn das zur Aufhebung des Mietverhältnisses fürende Vergehen auf Unkenntnis und nicht Bewußtheit beruht. Die übrigen zu Raumung verurteilten haben keinen Anspruch auf Erholungsraum.

Diese Beispiele erschöpfen nicht die Zahl und den Umfang der Verschlechterungen.

Gegen das Gesetz stimmten die Kommunisten und einige Splitter der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratische Fraktion hat mit der Majorität gestimmt. Es geht, die verbündeten — sehr bedeutenden —

Breslauer Septemberfest „Die Stadt im Monde“

vom 4. bis 19. September 1926

auf dem Gelände der „D. L. G.“ (Landwirtschaftliche Ausstellung)
Gandau-Schmiedefeld Endstation Linie 6.

4162

Schauspielhaus.
Operettentheater
Tel. Stephan 27 469.
Donnerstag, Freitag, 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Donnerwetter —
Ganz famos!
Sonnabend abends 9 Uhr:
Zum 1. Mal:
„Die leichte Isabell“.
Musik von Robert Gilbert.
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Annemarie“.
Sonntag und täglich 8 Uhr:
„Die leichte Isabell“.

Lobe-Theater
Lessoigstr. 8, T.R. 6774, 6782
Letzige Woche!
Berliner Ensemble-Gastspiel
„Olaf“
Tragödie eines Sportlers.
Gegen Vorzüglich dieses auf allen Plätzen halbe Preise.
Gültig für 1-4 Personen.

Haltung! Billig! Prima
Wirt. Jäger, 3. R. 6774, 6782
Büro 3.50, Breches 4.50, Steh-
lo. 3.50 d. Kitoriaf. 14, II.
Anzugfutter
Reiter 1 bis 3 Mari., Erdal
Dose 15 Pf. Seifenpulver
Pfd. 10-25 Pf. Oberholz-
leit Steg 25 Pf. 100 Stern-
zwick 125 u. 3 M. Helt-
garn 20 Gr., 12, Pf.
Schneide, Händel nicht
Bertold Lippert,
Heinrichstraße Nr. 16.

Stadttheater Breslau.
Beginn der Spielzeit
1926/27:
Samstag, 20. August,
7½ Uhr;
In großem Repräsentierer.
Don Juan.
Montag, 23. August,
7½ Uhr;
Der Freischütz.
Dienstag, 24. August,
7½ Uhr;
In großem Repräsentierer.
Ein Rosenthal.
Mittwoch, 25. August,
7½ Uhr;
(1. Abonn.-Vorst.,
Serie B)
Don Juan.
Donnerstag, 26. August,
7½ Uhr;
Lohmäuse.
Freitag, 27. August,
7½ Uhr;
(1. Abonn.-Vorst.,
Serie C)
In großem Repräsentierer.
Zar und Zimmermann.
Samstag, 28. August,
7½ Uhr;
Zigaros hochzeit.
Annahme von
Zuboniments-Bestellungen
für die Serie D Montag m.
40% Erhöhung
bis Freitag, den
27. August, vorm.
10-2 Uhr u. nachm.
4-7 Uhr a. d. Kasse
des Stadttheaters.
Ausgabe der
Zubonimentskarten
für Serie D und
Zeichnung d. Karte
ab Montag, 30. Aug.
vorm. 10-2 Uhr, an
d. Kasse d. Theaters.
1. Abonn.-Vorstellung
D 13. Sept.

Sofort Geld
aus Pfänden!
Bürohaus Roher
Hohenstaufenstraße 48, L.

September
1
Wiedereröffnung des
Lieblich-Theaters
mit einem sensationellen
Variété-Programm
K. & K. aus dem Hotel zu Görlitz
Schafers Lilliputiana-Revue:
Karl Nepp, der Bresl. Liebling
und weitere Kuriositäten
Priesenspreisel

Alter Breslauer 35% per Liter
Mk. **2.10**
Crème-Brunntwein 36% per Liter
Mk. **2.30**
Weinbrand-Verschnitt 38% per
Liter Mk. **2.80**
Echter Weinbrand 40% per Liter
Mk. **3.30**
Jamaika-Rum-Verschnitt
verschiedener Stärke u. Güte
per Liter Mk. **3.00** bis **4.00**
Burgunder-Wein
schwere, blumige Ware
1½-Liter-Flasche **2.85** ½-Liter-
Flasche **1.50**
alles inkl. Steuer
Kostprobe gratis.

Brennerei-Ausschank
Roher
Matthiasstraße 35

Berücksichtigt
unsere
Inseraten!



**Herren- und
Damen-Garderobe**
nach Maß von 40,00 M. an.
Arbeitshosen wie bekannt konkurrenzlos, eigene
Maschi. von 4,50 M. an,
sowie sämtliche Umarbeitungen.
Krywalski, Burgstraße 7, 1. Etage.

Benutze die Buchkarte!

Für 50 PL wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von
unermeßlichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5.



Alexander Wojtiko

Destillation — Likörfabrik
Hauptgeschäft: Klosterstraße 85/87
Filiale: Sonnenstraße 41.

Empföhle meine Qualitätsware zu enorm billigen Preisen:

Alter Bresl. Brunntwein 35% p. Ltr. **2.10**

Alter Breslauer Crème 35% p. Ltr. **2.60**

Weinbrand - Verschnitt 38% p. Ltr. **2.80**

Deutscher Weinbrand 40% p. Ltr. **4.00**

Jamaika-Rum-Verschn. 38% p. Ltr. **3.00**

40% p. Ltr. **4.00**

Prima Sprit 96% p. Ltr. **4.80**

Weine vom Faß:

Malaga Gold per Liter **1.60**

Insel Samos per Liter **1.60**

Reidelbeerwein per Liter **0.70**

Gebirgs-Himbeersaft 1 Ltr. ab 2½ Pfd. **1.30**

ohne Glas. **1.40**

Empföhle besonders meine

Edelliköre 35% und 40%

in hervorragenden Qualitäten.

Niemals wieder so billig!
Ohne Zwischenhandel!

Vom Fabrikanten direkt an den Verbraucher!

Herren-Anzüge von **18.00**
an
Winter-Faltenmittel **25.00** an

Maßanzüge * **Sportanzüge**

Joppen * **Mosen**

stark und billig.

Nicht die billig. Preise auf Papier,
sondern Tatsachen überzeugen.

Verkauf des Fabrikolager nur

Gräbsdiner Str. 27

(Ecke Holteistraße) **18238**

im Geschäft von Max Landsberg.

20 getragene **550**

Anzüge à **10.00**

20 getragene **550**

Anzüge à **14.50**

20 getragene **550**

Jadetts à **5.00**

vert. **Wellenburgerstr. 3.**



Gehört eigentlich per 1.9.
ein ein 14-16-jähriges

Mädchen

ohne Kopf, zu allen häus-
lichen Arbeiten, nebenbei auch
eines Nähzach. 3m
Fertig für 8-10 Uhr bei
Rückert, Brüderstraße 41,
Schmiedereichwerftstadt.

Kleine Anzeigen

sind komprimiert gesetzte einsp.
Anzeig. v. Verkäufern, Kaufge-
suchen u. a. von Privaten.
Wort 3 Pfg. fett + 4 Pfennige.

Seite 2. Jahrgang, gut er-
haltbar, und deutlich klar.
Doppelmaut 27. 4. Pfennige.

gleichzeitig in Breslau.

Die Bürstenfabrik Stützengrün im sächsischen Erzgebirge, das
moderne Großwerk der deutschen Bürstenindustrie, wurde im
Jahre 1925 von der Grohemaufgesellschaft Deutscher Konsum-
vereine errichtet. Sie enthält 600 Arbeitsplätze mit 150 Maschinen
neuester Technik und liefert in bester Qualität.

**Aufstellbürsten, Scheubber, Auftrag-,
Glas- und Schnurbürsten, Kleider-
bürsten, Rasenbürsten, Sandbürsten in
Silber u. Wiesel, Giel- u. Sandsegen
in Röhrn, Bürsten u. Körn, Zahnbürsten usw.**

Der gewerkschaftlich organisierte Verbraucher
kauft daher Erzeugnisse der Bürstenindustrie nur im



Konsumverein Vorwärts

Dampfdestillierwerk
Herzberg & Co.
Mühlenstraße 48, Börsenplatz 20
Michaelsstraße 3, Klosterstraße 64

für die Produktion benötigte Materialien für alle Anzeigen. Was kostet... - Telefon: Friedensplatz 2. - Gewerbe: Fried. 1. - Kauf und Verkauf der "Vollmond" G. m. b. H. jährlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. August.

Protest der Breslauer Polizei.

Die Umorganisation der Preußischen Polizei, die damit in Verbindung stehende Neuregelung des Staats der staatlichen Polizei für 1926 und der sich daraus ergebenden Unzufriedenheit in der gesamten Beamtenchaft, gaben dem geschäftsführenden Vorstand der Ortsgruppe Breslau des Verbandes Preußischer Polizeibeamten E. B. Geranlosung, für den 20. d. Mts. im Rahmen „Westend“ eine gemeinsame Besprechung des Gesamtvorstandes in Verbindung mit den Obmännern aller Dienststellen des Polizeipräsidiums und dem Kommandobeamtenausschuss einzuberufen. Nach Klarlegung der Verhältnisse durch den 1. Vorsitzenden sind eine ergiebige Aussprache durch die anwesenden Vertreter der Schutzpolizei statt, sowie mit der Kriminalbeamtenchaft, die die in der Beamtenchaft bestehenden Unzufriedenheiten erkennen ließ. Die Vertreterversammlung fasste einstimmig nachstehende Entschließungen:

1. Betr. Verminderung der Schutzpolizei.

Mit Bedauern nimmt die Versammlung Kenntnis von der Verminderung der Schutzpolizei in Breslau um 300 Beamte. Durch freiwilligen und normalen Abgang ist bereits dieser Verminderung der Schutzpolizei Rechnung getragen; trotz dessen sind aber gegenüber der für Breslau nunmehr zugesandten Stärke noch etwa 125 Beamte zu viel vorhanden. Wenn auch die Verminderung der Schutzpolizei eine außenpolitische Forderung ist so kann die ministerielle Maßnahme der gewaltigen Verminderung für Breslau nicht verstanden werden. Schon unter den bisherigen Verhältnissen möchte sich ein erheblicher Mangel an Beamten bemerkbar, um den dienstlichen und staatsnotwendigen Erfordernissen gerecht zu werden. Die schwache Besetzung der Polizeireviere führt dazu, daß manche, den Revieren gehörende Stadtteile, speziell zur Nachzeit, tage, ja wochenlang ohne genügenden polizeilichen Schutz sind. Bei einer weiteren Verminderung müssen sich die Verhältnisse noch mehr verschärfen. Im Interesse der der Polizei obliegenden Aufgaben, Staatsordnung und Sicherheit, erhebt auch die Ortsgruppe Breslau des Verbandes Preußischer Polizei-Beamten ernste Befürchtungen gegen diese Verminderung, die um so mehr zu Bedenken Anlaß gibt, da das geplante Eingemeindungsprojekt der Verwirklichung entgegensteht.

Unter diesen Verhältnissen muß die Regierung zu einer anderen Beurteilung kommen, indem im Rahmen der für Preußen zugestandenen Gesamtstärke der Polizei ein anderweitiger Ausgleich getroffen wird, d. h. nicht Verminderung der Polizeikräfte, zum mindestens Belassung der bisherigen Stärke. Wenn der polizeiliche Schutz gewährleistet sein soll, so muß auch auf der anderen Seite, mit vollem Recht die zur Erfüllung der Aufgaben notwendige Zahl der Beamten vorbehunden sein. Die auf Grund des neuen Polizeietats für Breslau vorgesehene Stärke gibt die Gewähr hierfür nicht. In der Erkenntnis, daß zurzeit eine Aenderung des Polizeietats für Breslau nicht möglich ist, bittet der Verband die Regierung und alle an dieser Frage interessierten Kreise, daß die annähernd 125 über den offiziellen Sollstand vorhandenen Beamten in Breslau belassen und diese nicht nach anderen Standorten versetzt werden.

2. Auswirkungen des Polizeietats.

Der Polizeietat 1926 bringt für die Breslauer Schutzpolizei bittere Enttäuschungen. Die verprochenen Verbesserungen bedeuten in ihrer praktischen Auswirkung einen Tropfen auf den heißen Stein. Auf eine Kopftabelle von 1700 Unterbeamten entfallen auf Befolgsgruppe VII 21, auf Gruppe VI 53 neue Stellen.

Trotzdem liegen die Verhältnisse in Gruppe V, deren Stellen gleichzeitig zu unklaren Anstellungen berechtigen. Unter Zusammenfassung aller unklaren Stellen der Befolgsgruppen V bis VII können in diesem Etatjahr in Breslau nur 19 Beamte in Gruppe V eintreten und somit unklar angestellte Beamte werden. Von den für Breslau im letzten Etatjahr vorhandenen 265 unklaren Stellen wurden 178 durch bereits unklar angestellte ehemalige Beamte der Schutzmanschaft besetzt, so daß nur 89 Stellen durch reine Schutzpolizeibeamte in den Jahren 1923 bis 1925 besetzt werden konnten.

Der Etat für 1926 bringt eine Verkürzung dieser Stellen um 99. In diese Stellenzahl sind 87 unklar angestellte Beamte der ehemaligen Schutzmanschaft, die sich in Gruppe V bereits befinden, zu überführen, so daß nur 12 Stellen etatsgemäß neu und 7 vorhandene Gehstellen, mitin 19 Stellen aus der Schutzpolizei, in diesem Jahre besetzt werden können. Die Beamten der Schutzpolizei werden somit in ganz ungünstiger Weise betroffen. Die Zahl der in der Schutzpolizei befindlichen Beamten mit 12jähriger Dienstzeit ist groß, die auf baldige Anstellung rechnen.

Eine Vermehrung der Planstellen in Gruppe IV ist für Breslau im neuen Etat garnicht vorgesehen, mit Ausnahme der zu beflockenden Gehstellen, so daß den Beamten in Gruppe III keine Aufstiegsmöglichkeit gegeben ist."

Auch die Kriminalbeamten Breslaus erheben einstimmigen Einspruch gegen ihre dauernde Zurücksetzung. Nach den Verhandlungen im Landtag müßten die Beamten annehmen, daß die Einsicht nun endlich Boden gewonnen hat, daß die Kriminalbeamten nicht sprachendihren Leistungen befördert wird, und daß der Etat 1926 endlich eine greifbare Verbesserung bringen würde. Weit gefehlt! Nicht nur, daß der Beamte wieder auf zunächst ein Jahr hinaus mit der so dringend notwendigen Erhöhung der Dienstaufwandsbelastung vertrödet wurde, so bedeuten auch die geschaffenen Aufstiegstellen nach Gruppe VII nur Verbesserungen für einige Beamte. Was diese Beamte an Gehalt mehr bezeichnen, wird aber schon wieder eingesperrt, indem nur ein Teil dieser freiwerdenden Stellen durch Beamte der Gruppe V belegt werden können, weil der Etat größere Höchster der Stellen der Gruppe VI bringt.

Die Verkürzung der Beamten ist begründet und verständlich, zumal die Eintrittung in die Gruppen V, VI und VII für die unteren Grade der Kriminalbeamten, bei der Besetztheit und Selbstständigkeit und auch unter Berücksichtigung der Gefahrenmomente viel zu niedrig ist.

Doch eine fortgesetzte Verkürzung, hervorgerufen durch schematische Herabordnung der Kriminalbeamtenchaft, die Dienstreduzierung und den Dienstreiter zu haben geeignet ist, erscheint sehr zweifelhaft. Es wäre nunmehr aber endlich an der Zeit, daß die gegebenen Versprechungen eingelöst werden und den Kriminalbeamten das gegeben wird, worauf sie berechtigten Anspruch haben, nicht zuletzt im Interesse der Bürgerschaft, nämlich: ausreichende Besoldung und Aufstiegsmöglichkeit, sowie hinreichende Geldmittel zur Bekämpfung des Verbrechens!

Du bist erkannt!

Der „Generalanzeiger“ nämlich, aber nicht erst jetzt, verbreitete, nämlich, das Mitteilungen über die große Veröffentlichung der „S. R.“ und Anprüfungen des Blattes entfällt, ist bezeichnenderweise in seiner Zeitung und im Druckblatt und tot gehalten, so daß das Ganze mit dem weißen Papier schwarz weiß rot austritt. Aus solchen verdeckten Andeutungen, die wohl besonders auf die Landsmannschaften bezogen sind, sieht man am besten, was Gräfe's Kind „unter General“ ist.

Das neue Recht der Frau.

Eine sehr stattliche Versammlung, zum Teil von Frauen besucht, füllte am Mittwoch abend den großen Saal des Gewerkschaftshauses, wo zu dem vorliegenden Thema Landtagsabgeordnete Frau Oberstabsratin Dr. Wegscheider aus Berlin und Rechtsanwalt Dr. Eßlein von hier sprachen. Den Vorträgen folgte eine umfangreiche, von großem Ernst getragene Aussprache, die das große Interesse der Frauen an einer neuzeitlichen Gestaltung ihrer Rechte deutlich erkennen ließ.

Genossin Dr. Wegscheider führte aus, daß auf keinem Gebiete so schwere Vorurteile zu überwinden sind, als auf dem des persönlichen Empfindens, der Liebe und Ehe. Und die alten Vorurteile werden obendrein von denen am längsten gepflegt, die am meisten darunter zu leiden haben. Wie die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, so auch die Befreiung der Frau nur deren eigenes Werk. Die politische Befreiung ist zwar nicht das eigene Werk der Frauen gewesen, vielmehr wurden sie hier von der Arbeiterklasse mitgerissen, die die Frauen nicht als Schmutzkonkurrenten unterlassen wollten, doch müssen die Frauen nunmehr zur Klärheit über ihre eigenen Aufgaben kommen. Heut wird die Frau von denen am meisten gepriesen, die ihre Gleichberechtigung am wenigsten wollen. So war es auch jetzt wieder auf dem Katholikentag. Zothurde hat es gedauert, bevor die Kirche anerkannte, daß auch die Frau eine unsterbliche Seele habe, und heut noch wird der Frau das Recht auf Priesterschaft von der Kirche aberkannt. Man lobt und schmeichelt die Frau, um sie als Stimme zu benutzen. Man preist sie als die Hüterin alter Sitte, und doch ist gerade auf dem Gebiete der Liebe die Frau benachteiligt. Der Mann wählt und das Mädchen läßt sich wählen. Von ihm verlangt man feusche Lebensführung, aber man würde es für eine Überhebung antechen, wenn die Frau vom Manne das Gleiche forderte. Wenn der Mann heimlich die Ehe bricht, schadet ihm das weiter nicht, dafür ist ja die große Einrichtung der Prostitution da, die Prostituierten aber nennst man lieberliche Weibsbilder, als ob nicht auch hier zwei zusammen gehören. Die Prostituierte wird auf Gesundheit untersucht, obwohl diese Untersuchung im Resultat weit unsicherer ist, als etwa die des Mannes. Die heutige Erziehung gibt dem Mädchen keine Aufklärung über das, was ihm bevorsteht, und doch kann man bei den heutigen Wohnungsverhältnissen nicht einmal die Kinder von dem schützen, was ihnen noch Geheimnis sein soll. Er soll dein Herr sein, steht heut noch über jeder Ehe, eine Ansicht aus der Seelenrichtheit des Monarchismus. Wir lehnen die bürgerliche Romantik ab, Kameradschaft, gegenseitige Stützung, gemeinsam schaffende Tat sind uns Inbegriff des Verhältnisses zwischen Mann und Frau. Früher war die Ehe eine Produktionsgemeinschaft, und beim Balken ist sie es noch heute. Mann, Frau und Kind schaffen gemeinsam für das gemeinsame Wohl. In der modernen Produktion ist es anders. Das Geld wird nicht gemeinsam erworben, sondern vom Manne, und die Arbeit der Frau gilt als minderwertig. Es gibt aber auch wirklich nichts rücksichtigeres mehr als unsere Hauswirtschaft. In einem großen Häuserblock gehen 250 Frauen täglich ihre geringen Einkäufe begleiten, 250 Herdbrennen, 500 Töpfe, ebenso viele Tische und Bestecke werden schmuzig, hundert Tische werden gebedt, dabei sind viele Frauen kleine Kochkünsterinnen und verstecken sich auch auf den günstigsten Einkäufen nicht. Kilometer am Tage läuft die Frau täglich umher, um ein bisschen Ordnung in einer Zweizimmerwohnung zu schaffen. Die moderne Technik findet keine Anwendung. Wer hat einen Staubsauger, wer wascht mit der Dampfwäschemaschine, wer hat einen Trocknapparat? Statt gemeinschaftlicher Wirtschaft unter vollbezahlten, gutausgebildeten Kräften, eine solche Verzettelung der Kraft. Abends sinkt die Frau müde ins Bett und doch gilt

sie nicht als Schaffende. Millionen müssen neben dem Manne noch verdienen gehen, und doch wird auch ihnen die Haushaltung nicht erleichtert. Der Reaktion nach ist die Frau dazu da, um ordentlich Kinder zu gebären. Die Mutterchaft wollen wir ehren, aber höher steht die Frau, die etwa der Tuberkulose halber der Mutterchaft entsagt (Sehr richtig), oder die nicht mehr Kinder haben will, als sie großziehen kann. (Lebhafte Beifall). Zugem verachtet man die uneheliche Mutter und ihr Kind. Der auhereligiöse Verlehrte gilt als Unzucht. Wir wollen die Mutterchaft nicht mit Pfaffen geehrt sehen, wir wollen gleiches Recht für jede Frau und für jedes Kind. Und dann die Frage nach der Dauer der Ehe. Wo heute keine rechte Erziehung zur Ehe erfolgt, wo die Wohnungsverhältnisse und anderes Elend die Ehe zerstören, ist ihre Fortführung oft für beide Teile schwer. Die Scheidung ist zu erleichtern. Die Fürstin Starhemberg vom Katholikentage hat da kein Recht mitzureden, denn sie hat keine Abnung vom Elend. (Ehrlicher Beifall). Die Prostituierte zerstört die Ehe, nicht die öffentliche Fürsorge. Und wenn die Fürstin wegen der ersten Strafmaßnahmen für Abtreibung von feinem Kindermord spricht, so hat sie auch hier kein Recht, mitzureden. Was Täufende heimlich tun, soll man bei einigen nicht schwer bestrafen. Unbefchränktes Platz für Menschen hat Europa nicht, und als Kanonenfutter sind uns unsere Kinder zu gut.

Die Rednerin wandte sich dann noch gegen die Prügelstrafe in Haus und Schule. Mann, Frau und Kinder müssen in gegenseitiger Achtung miteinander und für einander arbeiten. Auf dem Boden der häuslichen Demokratie allein kann der rechte Sinn für die große Demokratie und den Sozialismus erwachsen. (Lebhafte Beifall).

Genosse Dr. Eßlein wandte sich zunächst ebenfalls gegen die Ausführungen der Fürstin Starhemberg auf dem Katholikentag. Nicht nur vom Standpunkt des Sozialisten, sondern von dem jedes modernen Europäers verdient sie Zurückweisung. Der Redner behandelte dann die Benachteiligung der Frau durch das Bürgerliche Gesetzbuch in bezug auf Verlöhnis, Ehe, Scheidung, Güter- und Erbrecht. Auch seine Ausführungen fanden eine dankbare Hörerschaft und wurden mit lebhafter Beifall aufgenommen.

In der Aussprache pries Amtsgerichtsrat Arns, Vizepräsident des Bundes der Kinderrechten, Jugend- und Vormundschaftsrichter, den großen Segen des Kinderrechtkums. Von der Befreiung der Frau solle man weniger sprechen, denn die Frau beschreie sich selbst. „Der Mann läßt sich leiten. Wir brauchen nicht Aenderungen der Ehe, sondern innere Sinnesänderung auf dem Gebiete der Sittlichkeit.“

Die merkwürdigen Auffassungen traten zahlreiche andere Redner, vor allem aber auch Frauen, entgegen, die aus ihrer großen Erfahrung, im Elternhaus, bei sich und in ihrer öffentlichen Wirtschaft berichten konnten, daß sie von dem großen Segen des Kinderrechtkums noch nichts gespürt haben. Auch sonst wiesen sie die von dem Amtsrichter vertretene Moral des gesättigten Bürgers zurück. Da es sich bei ihm immerhin um einen Mann handelt, der sich mit den Problemen ernsthaft beschäftigt, dürfte vielleicht manches Wort aus den Erfahrungen unserer Frauen bei ihm auf fruchtbaren Boden gefallen sein.

Die Genossin Wegscheider erklärte sich im Schlusssatz noch ganz besonders gegen Abtreibungen. Wütiger ist die Schwangerchaftsverhütung und die Rednerin forderte die Einrichtung am allgemeinen Belehrungssiel. Aber auch das Recht der Abtreibung durch den Arzt muß der Frau gegeben werden. Ferner sprach sie sich für das Recht der Frau auf Arbeit aus. Die Beamtin und die Lehrerin brauchen erst recht ihre Stellung, wenn sie Mütter sind.

Kommt es ab und zu vor, daß das Wohlfahrtsamt auch bei Einschöpfung lebenswichtiger Pfänder, die in Gefahr stehen, versteigert, helfend eintritt, aber dies geschieht doch nur in Ausnahmefällen. Die meisten derartigen Anträge können leider keine Berücksichtigung finden.

Schon beginnen die früheren Tage und der Herbst ist nahe. So mancher denkt da mit Wehmut an keinen Winterüberzieher im Leibamt, der vielleicht schon längst „fällig“ ist — aber woher das Geld nehmen, wo doch die Unterstützung zum Leben nicht hin- und herreicht. Das sind Sorgen und Nöte, die freilich der nicht kennt, der sich den Luxus gestatten kann, seinen Pelz während des Sommers bei Kelling gegen Motten aufzubewahren zu lassen.

Die Zinssätze beim Pfandleiher.

Nach einer neuen Verordnung des preußischen Ministers des Innern darf sich der Pfandleiher vom 1. Oktober ab nicht mehr ausbedingen oder zahlen lassen als vier Reichspfennig für jeden Monat und jede Reichsmark von Darlehen, die drei in einem halben Jahr Reichspfennig für einen Monat und jede den Betrag von 50 Reichsmark bis zum Betrag von 100 Reichsmark; drei in einem halben Jahr Reichspfennig für einen Monat und jede den Betrag von 100 Reichsmark übersteigende Reichsmark bis zum Betrag von 100 Rentenmark für jeden Monat und jede den Betrag von 100 Rentenmark übersteigende Reichsmark bis zum Betrag von 500 Reichsmark übersteigende Reichsmark für jeden Monat und jede den Betrag von 500 Reichsmark übersteigende Reichsmark.

Volkspatriotismus.

In „Schlesiens Handwerk und Gewerbe“ schreibt Schlossermeister G. Vogel:

Die augenblickliche Notlage im Breslauer und schlesischen Handwerk und Gewerbe ist wohl allgemein bekannt. Hunderte von Handwerksmeistern wissen heute nicht, wovon sie leben sollen, noch viel weniger können sie daran denken, für das den meisten recht nahe Alter einen Notgroschen zurückzulegen.

Man sollte nun denken, daß alle biefigen Verbrauchersteile bei Vergabe von Arbeiten in erster Linie einheimische Handwerker berücksichtigen müßten, da sie doch selber ein Interesse daran haben, diese lebensfähig zu erhalten.

Was soll man aber dazu sagen, wenn die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ ein Unternehmen, welches doch nur von Breslau und Schlesien lebt, die Arbeiten für ihren Geschäftshausbau teilweise in Berlin ausführen läßt und einen Berliner Architekten mit der Bauleitung betraut, obgleich Breslau doch wahrschließlich keinen Mangel an lokalen Architekten hat und auch in diesen Kreisen ausreichende Beschäftigung fehlt.

Die Breslauer Handwerker sind in der Lage, allen, auch den hochgespannten Anforderungen in bezug auf Güte der Arbeit gerecht zu werden und können es bis nicht gefallen lassen, daß sie übergegangen sind die Arbeiten nach auswärts vergeben werden, während sie selber Not leiden.

Elternbelehrungs-Vorlesung.

(Bei Schulschichten)

Freitag, Nr. 27. August, abends 8 Uhr im Rathaus, Zimmer 37. II. Die im Bericht erwähnte Meldung, die Sitzung heute abend abzuhalten, lädt sich nicht durchführen.

Die Sprechstunden für Elternberatung sind jeden Freitag, von 5 bis 7 Uhr montags bis freitags im Gemeindehaus, Rathaus, Zimmer 37. II. Der Elternberater ist der Gemeindeschreiber.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Entwicklung der Arbeitnehmer-Interessenvertretungen in Deutschland.

Versuche, für die Arbeitnehmer öffentlich-rechtliche Interessenvertretungen, ähnlich denen der Unternehmer, zu schaffen, kamen in Deutschland frühzeitig ein. Das Bedürfnis nach solchen neutralen, halbamtlichen Arbeitnehmer-Interessenvertretungen war in früherer Zeit, bei der geringeren Bedeutung der Gewerkschaften und vor feindlicher Einsetzung der gesetzten Staatsmächte, fastig und Bürokratie, gegenüber den Gewerkschaften, ein natürlich viel größeres. Die Sozialdemokratische Partei durfte mit ihrem Entwurf auf „Errichtung von Gewerbeämtern, den sie im Jahre 1877 durch die damalige Reichstagsfraktion dem Reichstag vorlegten ließ, erstmals die Initiative zur Schaffung von halbamtlichen Arbeitnehmervertretungen ergreifen haben. Der Verfasser dieses Gesetzentwurfs war August Bebel. In dem Entwurf wurde gefordert: „Bis spätestens zum 1. Januar 1879 sind von Reichs wegen Gewerbeämtern in angemender Anzahl zu errichten. Dieselben sind zu berufen, die Gewerbe- und Arbeitnerinteressen zu vertreten und den Behörden Beziehungen zu eröffnen, welche zu veröffentlichen sind; Anträge an die Behörden zu stellen, sowie gemeinsame gewerbliche Einrichtungen und Fachbildungsanstalten zu beaufsichtigen.“ Die Mitglieder der Kommunen sollten zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern bestehen. Statt Gewerbeämtern forderte die Sozialdemokratische Partei dann später die Arbeitskammern. Aber auch bürgerliche Parteien haben zu verschiedenen Zeiten und aus den verschiedensten Gründen öffentlich-rechtliche Arbeitnehmer-Interessenvertretungen gefordert. Aber allen diesen Forderungen stand der frühere Oboligarchie ablehnend gegenüber. Im Jahre 1908 erging endlich die damalige Reichsregierung den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes vor. Der Entwurf sah die Anlehnung der Arbeitskammer an die Berufsgenossenschaften vor, denen auch die Kostenabrechnung übertragen wurde. Der Entwurf erfuhr heftige Kritik durch die Arbeitnehmer. Sind doch die Berufsgenossenschaften Organe dessen, was der sozialen Sicherung, der ganz von Unternehmern verwaltet wird. Schon aus diesem Grunde konnte der Entwurf bei den Arbeitnehmern kein Vertrauen erwecken. Nach den verschiedenartigen Abänderungen des Entwurfs, und nachdem in den grundsätzlichsten Fragen zwischen Reichsregierung und Reichstag keine Einigung zu erzielen war, schiederte auch dieser Entwurf. — Im Jahre 1910 legte die Regierung einen neuen Entwurf auf der Grundlage paritätischer Arbeitskammern und sachlicher Gliederung vor. Jetzt nahmen die Gewerkschaften schon eine grundsätzlich neue Stellung ein, indem sie statt paritätischer Arbeitskammern reine Arbeitskammern forderten. Da der Reichstag wider den Willen der Reichsregierung die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangestellten und die Einbegliederung der Eisenbahnwerkstätten zu den Arbeitskammern abschloß, hatte die damalige Regierung nunmehr kein Interesse mehr an dem Entwurf und ließ ihn wieder scheitern. — Während des Krieges, am 19. März 1918, legte die Reichsregierung ein neues Arbeitskammergesetz vor, das sich in seinen Grundzügen an den Entwurf von 1910 anlehnte und die früheren Reichstagsbeschlüsse mit berücksichtigte. Auch dieser Entwurf kam über Ausführungsberatungen nicht hinaus, da die inzwischen eingetretene Veränderung der staatlichen Machtverhältnisse eine vollständig neue Situation schuf.

Die Arbeitnehmer erhoben nun nicht mehr die Forderung nach öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen, da sie solche mit Recht in den Gewerkschaften fühlten. Die Problematik der deutschen freien Gewerkschaften liegt seit dieser Zeit nicht mehr bei zu schaffenden Arbeitnehmer-Interessenvertretungen, sondern bei der Teilnahme und Mitbestimmung in der Wirtschaft. Unter anderem sollen die Gewerkschaften die Mitwirkung in der Wirtschaft in der Umgestaltung der Handels- und Industriekammern zu paritätischen zusammengefaßten Berufs- und Wirtschaftskammern. Bei der demokratisch beginnenden Debatte über die Errichtung eines endgültigen Reichswirtschaftsrats durfte diese gewerkschaftliche Förderung eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Um die Einigung der Beamtenverbände.

Der erweiterte Vorstand des ADG. besuchte sich am Dienstag mit den bisherigen Einigungsverhandlungen der Beamtenverbände. Er brachte einmütig den Willen zur Einigung der Beamtenverbände auf einer entschieden gewerkschaftlichen Grundlage zum Ausdruck. Als Voraussetzung wurde festgestellt, daß der neue Bund fest auf dem Boden der republikanischen Verfassung des Reiches und der Länder stehen muß und sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen gewillt ist. Der neue Bund soll es weiter als seine Aufgabe ansehen, getreu dem Wort und Sinn des von den Beamten auf die Verfassung geleisteten Dienstes die republikanische Staatsform mit republikanischem Geist zu erfüllen.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Beamtenbundes besuchte sich am Mittwoch mit dem Mindestprogramm des ADG. zur Verschmelzung, ohne bereits zu einer positiven Entscheidung zu gelangen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich in den nächsten Tagen fortgeführt. Das Ergebnis ist nach der neuesten Gestaltung der Dinge noch sehr ungewiß.

Berlehrbund und Postgewerkschaft.

Vom Deutschen Verlehrbund wird uns geschrieben: Die Einigung der deutschen Beamtenverbände wird seit Monaten in Tageszeitungen erörtert. Die teilweise tendenziöse Behandlung dieser Frage hat eine Verwirrung innerhalb der Beamtenverbände hervorgerufen.

Wir begrüßen alle Schritte, die zu einer Einigung der Beamtenverbände führen, die politisch freiheitlich gesonnen und die gewollt ist, Schulter an Schulter mit denjenigen Arbeitnehmerschichten ihre ideellen und materiellen Interessen gewerkschaftlich zu vertreten, die sich im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, im Afa-Bund und im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen haben. Gemäß dieser Auffassung sind wir mit dem Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten in Verhandlungen eingetreten. Die Verhandlungen wurden nicht zu Ende geführt, da der Reichsverband uns seine endgültige Stellungnahme noch mitteilen wollte. Über in einer Weise, die es unter ehrlichen Verhändlern nicht geben sollte, schreibt er jetzt in seiner Nachzeitung „Deutsche Post“ vom 26. August d. J. unter dem Titel „Gescheiter“:

„Jetzt sind die Würfel gefallen, nun haben die Mitglieder der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft das Wort, weil die Führer gar nicht daran denken, von ihren Grundsätzen etwas preiszugeben, darum muß Prinzipientreit gegen die organisatorische Zersplitterung der Kollegenschaft weiter bestehen zum Schaden und Leidwesen der Kollegen selbst.“

Dieser demagogische Kommentar eines aus Standesegoismus geborenen Beschlusses soll die Postbeamtenverbände überzeugen, daß die Schuld an dem Scheitern auf unserer Seite liegt. Wir weisen diese Behauptung zurück und erklären noch einmal: Ist der Reichsverband bereit, die Einheit des gesamten Postpersonals mit uns gemeinsam herzustellen, so werden wir keine Schwierigkeiten machen. Was beeinflußt den Reichsverband durch sein Verhalten? Sollen etwa die bevorstehenden Einigungsverhandlungen zwischen ADG. und DBB. auf diesem Wege zum Scheitern gebracht werden? Hoffentlich gelingt den Herren vom Reichsverband dieses Manöver nicht.

Der Reichsverband hat es abgelehnt, bei Einheitsfragen, die wir das gesamte Personal der Deutschen Reichspost ertragen wollen, einzutreten. Er verlangt die Trennung der Beamten von den Lohnempfängern. Wir wollen, und das war unser Wangedot, die gemeinsame Interessenvertretung des gesamten Personals der Deutschen Reichspost gegenüber der Verwaltung. Wir unterstützen diese Bestrebungen, einen Zusammenschluß der Beamten auf wirklich gemeinschaftlicher Grundlage herzustellen, weil wir darin eine Garantie für die

freiheitliche und soziale Entwicklung der Beamtenverbände erblicken. Ein solches Berufsbeamtenium entspricht den Grundsätzen, die wir innerhalb des Deutschen Verlehrbundes jetzt vertreten haben. Wir erwarten, daß die Verhandlungen der Beamten-Spitzenorganisationen im Sinne des Grundsatzes geführt werden, daß das der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, Möglichkeit im Deutschen Verlehrbund, noch fernstehende Personal einschließlich der Beamten, innerhalb unseres Bundes eine Einheit bildet, die geeignet ist, einer Rückwärtsentwicklung der Rechts- und Einkommensverhältnisse mit Erfolg entgegenzutreten und bessere Bedingungen für die Zukunft zu erkämpfen.

Gegen die Überschichten im Ruhrbergbau.

Dortmund, 25. August. (Eigener Druckbericht.) Im Oberbergamt fanden heute Verhandlungen über Anträge der Gewerkschaften über verbotswidrige Verfahren von Überschichten im Hinblick auf die Arbeitszeitverordnung vom 31. Dezember 1923 statt. Sie führten zu keiner Einigung. Es sollen genaue Erklärungen angefordert werden, wie viele Schichten auf den einzelnen Mann kommen.

Der englische Streit.

London, 26. August. (Eigener Funkbericht.)

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter besuchte sich am Mittwoch den ganzen Tag über mit der Frage, auf welcher Basis neue Verhandlungen zur Beilegung des Streits begonnen werden sollen. Die Bergarbeiterführer werden heute eine Unterredung mit dem Arbeitsminister und dem Bergbauminister haben, die auf ihren ausdrücklichen Wunsch stattfindet. Die beiden Minister lehnen zu diesem Zweck vorübergehend von ihrem Urlaub nach London zurück.

Die Regierung hat inzwischen größere Aufgebote vom Londoner Polizeischutz der Arbeitswilligen nach den Mittelstandsgebieten entsandt. Vereinzelt ist es bereits zu Zusammenstößen gekommen. — Die wöchentliche Kohlenförderung in Großbritannien beträgt augenblicklich 200 000 Tonnen. Die Einfuhr wird dagegen immer noch auf mehr als eine Million Tonnen Kohle beziffert.

Eine schlaue Methode der Lohnherabsetzung in Italien.

Erst kürzlich hat die faschistische Regierung die Arbeitszeit verlängert. Ihre jüngste Maßnahme versucht die Absicht, die Herabsetzung der Löhne auf folgendem Umweg durchzuführen: Die Zentralorganisation der Unternehmer wurde von der Regierung aufgefordert, in den Industriezentren Verkaufsstäden für die Arbeiter einzurichten, wo wichtige Bedarfssortikel, vornehmlich Lebensmittel, zu Großhandelspreisen verkauft werden sollen. Die faschistischen Gewerkschaften forderten ihre Mitglieder auf, ihren Bedarf ausschließlich in diesen Löden zu befriedigen. Auf diese Weise soll ein Druck auf den Einzelhandel ausgeübt werden. Diese lästige Absicht steht aber im Dienst der Lohnherabsetzungen. In den Tarifverträgen nämlich zwischen den Unternehmerverbänden und den faschistischen Korporationen müssen künftighin die Lebenshaltungskosten, die bei der Bewertung der Löhne bei gleitender Lohnstufe berücksichtigt werden, nach den Preisen dieser zentralen Verkaufsstäden der Unternehmer berechnet werden. Da aber nur ein Teil der Arbeiter mit nur einem Teil ihres Bedarfes in der Lage ist, zu diesen niedrigen Preisen zu laufen, liegt es auf der Hand, daß für die Masse der Arbeitnehmer diese Regelung einer verschlüsselten Lohnherabsetzung gleichkommt. So erklärt auch das Handelsblatt des „Manchester Guardian“ in der Erklärung dieser Löden einen Vorwand zur Herabsetzung der Löhne, zumal die Regierung in jüngster Zeit auch offen den Lohnherabsetzungen das Wort redete.

Wirtschaft.

Die Formen der Konzentrationsbewegung.

In die stürmische Konzentrationsbewegung der deutschen Industrie brachten die letzten Monate eine neue Wendung. Die von ihr erschafften Unternehmungen sind an Zahl derart gewachsen, daß ihre bloße Auflösung einen allzu großen Raum in Anspruch nehmen würde. Die Richtung der Konzentration war auch in dieser Periode durchweg horizontal, d. h. es wurden gleichartige Unternehmungen zusammengefaßt. Es ist jedoch anzunehmen, daß nach Abschluß der Periode der horizontalen Zusammenschlüsse die vertikale Konzentration, die Vereinigung verschiedener aufeinanderfolgender Produktionsstufen in einer Unternehmung wieder aufgenommen wird. Die Formen, in welchen sich der Konzentrationsprozeß vollzieht, sind mannigfaltig: Angliederungen, Fusionen, Interessengemeinschaften, Kartelle. Innerhalb der einzelnen Industriezweige sind zeitig gleichzeitig verschiedene Formen der Konzentration vorzufinden: So wurden z. B. in der Zementindustrie eine Anzahl von Betrieben völlig verschmolzen, andere traten in eine Interessengemeinschaft, während sämtliche Zementkartell beigetreten sind. Ähnlich sehen wir in der Zündholz- und in der Zigarettenindustrie gleichzeitig Trustbildung durch Fusion und Interessengemeinschaft und Schaffung neuer Kartelle. Das Zündholzkartell, das die Entstehung neuer Zündholzfabriken unmöglich macht und die Produktion auf die bestehenden aufteilt, nimmt unter den Kartellen einen besonderen Platz ein.

Was nun die einzelnen Formen der Konzentration im besonderen betrifft, so sprechen wir von Angliederungen, wenn ein Unternehmen bzw. Betrieb einem bestehenden Großkonzern angelassen wird, was in der Regel durch Fusion erfolgt.

Die zahlreichen Neuerwerbungen der Vereinigten Staaten (Alpine Montangesellschaft, Charlottenhütte, Stummwerke usw., die allerdings selbst als große Konzerne anzusehen waren), des Karbenkartells (der sich u. a. den Röhr-Kohle-Kartell-Werken angliederte und mit der diesen verbundenen Nobel-Dynamitgruppe eine Interessengemeinschaft herstellte) gehören in diese Kategorie. Die herrschende Form der Konzentration in der abgelaufenen Zeit war die Fusion, die völlige Verschmelzung der Unternehmungen. Allerdings bestand unter den fusionierten Unternehmungen in der Regel bereits eine enge Verknüpfung. Zum Beispiel waren schon Interessengemeinschaften vorhanden, die nun, auch vom Nachahmer der Fusionen durch ihre Höhe behinderten Autosteuern begünstigt, in eine Fusion umgewandelt wurden. So wurden in der oberösterreichischen Zementindustrie, in der Bierbrauerei (vom Schuhkartell-Konzern), der Süddeutschen Zuckerindustrie, der Automobilindustrie (Daimler-Benz), der Wollindustrie, in der Versicherung (vom Allianz-Konzern) die bestehenden Interessengemeinschaften in Fusionen umgewandelt. Es sind aber auch Fusionen anderer Art aufzufinden,

die zwischen den bestehenden Interessengemeinschaften eingetragen werden, um so die bestehenden Verträge aufzulösen. Die größte in der letzten Zeit durchgeführte Fusion ist die zwischen der österreichischen Montan- und Bergbauindustrie (vom Allianz-Konzern) und dem österreichischen Eisen- und Stahl-Konzern (vom Thyssen-Konzern). Trotzdem die Fusion die gegenwärtig vorherrschende Form der Konzentration ist, wurden in der letzten Zeit auch zahlreiche Interessengemeinschaften (I.G.) gegründet, welche den Austausch der Produktionsabteilungen, Abschluß von festen Lieferungsverträgen beweisen und den Gemeinschaftsvereinbarten Schlüssel-Verträgen stellen. In der Elektroindustrie, wo die fünf größten Firmen eine I.G. gründeten, in der chemischen Industrie (Schuhkartell-Konzern), in der Automobilindustrie (M.A.N.-Kleinheide-Gießerei-Konzern), Filmindustrie (Phoenix-Konzern), in der Lackindustrie u. m. sind Interessengemeinschaften entstanden. Es wird darüber gestritten, ob die weitgehenden Vereinbungen derart keinen großen Gefahr

fahrtsgesellschaften Hapag und Norddeutscher Lloyd als I.G. aufzufassen sind. Von einer offenen I.G. oder gar von Nation kann infolge des zu erwartenden amerikanischen Widerstandes einkennen nicht die Rede sein. Neben diesen Konzentrationsformen wurde auch die Kartellbildung nicht vernachlässigt. Das Kartell in der Eisenindustrie wurde engmaschiger gestaltet: die Produzenten von Drahtseil, Schmiedeeisen, Röhren, Gusseisen haben Kartelle gegründet. Des Weiteren sind neue Kartelle entstanden in den Industrien für Zement, Zündholz, Kunstseide, Tücher, Flachgarnspinnerei. Besonders ist für die neuen Kartelle, daß sie fast lärmisch festgelegt sind, d. h. nicht nur die Preise bestimmen, sondern auch den Produktionsumfang und die Absatzgebiete; fast sämtlich gründeten sie für den gemeinsamen Betrieb ihrer Produkte Verkaufsgeellschaften. In dieser festen Form kann man in diesen Kartellen die Vorstufe der späteren Vertrustung erblicken.

Unterschiedliche Kurssteigerungen der Aktien.

Die Aktienbesitzer erlebten i. diesem Jahre die erhebliche Wertsteigerung ihres Aktienbesitzes. Die Ertragsaussichten der Industrie werden im allgemeinen günstiger beurteilt, vor allem für die kartellisierten oder türkisch fusionierten Unternehmungen. Die Spekulation und die französische und belgische Kapitalflucht haben die Kurssteigerungen erheblich verstärkt. Die infolge der Wirtschaftskrise freigesetzten Kapitalien standen statt in der Produktion auf dem Aktienmarkt Verwendung. Indessen waren die Kurssteigerungen im ersten Halbjahr für die einzelnen Gruppen von Aktien recht verschieden. Wenn man den Aktienindex der „Frankfurter Zeitung“ als Grundlage nimmt, standen im Januar die Aktienkurse der Waggon-, Maschinen- und Lederindustrie am niedrigsten; ihr Wert war damals 20 Prozent bzw. 32 Prozent und 38 Prozent ihres Nominalwertes. Diesen folgten in der Höhe der Bewertung der Reihe nach die Aktien in den Gruppen der Automobilindustrie (42 Prozent ihres Nominalwertes), Montan- (50 Prozent), Bau- (50 Prozent), chemische Industrie (50 Prozent), Baugewerbe (52 Prozent), Elektro-Industrie (60 Prozent), Textilindustrie (70 Prozent), Banken (82 Prozent), Schiffahrt (83 Prozent). In der Zeit zwischen Januar und Juli erhöhten sich die Kurse in sämtlichen Industriezweigen, doch war der Umfang der Steigerung bei den einzelnen Gruppen sehr verschieden. Während die Aktienkurse der Leder- und Textilindustrie Ende Juli nur um 20 Prozent höher standen, als Anfang Januar, erfuhrn die Aktienkurse eine Steigerung von 52 Prozent in der Fahrzeugindustrie, 65 Prozent im Bankgewerbe, 70 Prozent in der Schifffahrt, 85 Prozent im Baugewerbe. Mehr als verdoppelt wurden seit Januar die Kurzwerte der Elektro- und der Maschinenindustrie (Steigerung je 100 Prozent), der Montanindustrie (115 Prozent), der Automobilindustrie (130 Prozent), der chemischen Industrie (145 Prozent) und der Waggonindustrie (150 Prozent). Unter Berücksichtigung der verschiedenen Steigerungen ist jetzt die Reihenfolge der Aktienwerte im Verhältnis zu ihrem Nominalwert eine andere als im Januar. Die ersten drei Gruppen haben, was ihre Bewertung betrifft, die Stelle gewechselt und standen Ende Juli in der Folge: Leder-, Waggon-, Maschinenindustrie. Weiter folgen die Aktien in den Gruppen: Kali-, Textil-, Automobil-, Bau-, Montan-, Elektro-, chemische Industrie, der Banken und der Schiffahrt. Die Aktien in den Gruppen chemische Montan-, Automobilindustrie, die erheblich vorrückten, in der Bewertung zurückgetreten. Die Bank- und Schiffahrtssättigung vermochten ihre günstige Stelle zu behaupten.

Ein Berliner Hoteltrust. Die Berliner Hotelbetriebe A.-G., die bisher in Händen der Firma Koppel & Co. war, ist jetzt an ein Konsortium übergegangen, das unter der Führung des bekannten Berliner-Prediger-Brunnholz steht. Damit dürfte die Grundlage für den viel erweiterten Berliner Hoteltrust gegeben sein. Die „Hotelbetriebe A.-G.“ verfügt nämlich in Berlin über die Hotels Bristol, Bellevue und Centralhotel. Außerdem besitzt sie die bekannte Wintergarten G.m.b.H., das Kranzlerhaus, das Café Bauer und eine Anzahl weiterer Weinhandels- und Kaffeebetriebe. Das Bankhaus Gebrüder Arnhold befreit aber bereits die „Berliner Hotelgesellschaft“, die mehrere Berliner Hotels, zum Beispiel „Kaiserhof“ und „Altona“, besitzt. Zur „Berliner Hotelgesellschaft“ gehört auch die „Aachener A.-G.“, die über eine Anzahl von sogenannten Biergäulen und außerdem über den „Hilkenhof“ und das „Palasthotel“ verfügt. Die „Hotelbetriebe A.-G.“ arbeitet mit einem Kapital von 16 Millionen Mark.

Polnische Handelsschiffbauaufträge. Die Danziger Werftverwaltung erhielt von dem polnischen Handelsministerium einen Auftrag zum Bau von 15 größeren Schiffen, die für die polnische Handelsflotte bestimmt sind. Der Bau beginnt bereits in den nächsten Tagen und soll innerhalb drei Jahren beendet werden.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 25. August.

Der Kuhstand betrug: 103 Rinder, 883 Kalber, 513 Schweine. Überdeck vom vorherigen Markt waren: 69 Rinder, 52 Kalber, 22 Schweine, 264 Schweine.

Es wurde gezahlt für 50 Kilogramm

A. Rinder:	97 Stück	Lebendgewicht Mark
a. vollreife, ausgemähte Rinder Schätzgewicht 1. längere	55-60	
b. jenseitig vollreife 1. längere	55-60	
c. jenseitig	47-51	
d. geringe genähte	38-42	

B. Kühe:	322 Stück	
a. jüngere, vollreife, höchste Schätzgewicht	57-62	
b. jüngere vollreife oder ausgemähte	51-56	
c. jenseitig	43-49	

C. Rinder:	41 Stück	

<tbl_r cells="3" ix="1" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols

Aus Schlesien.

Ein schwerer Schießunfall.

ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch auf dem Eulenschacht der Melchiorgrube bei Reichenbach. Aus noch nicht bekannten Ursachen verunglückten vier Männer bei Schiebarbeiten. Einer der Verunglückten, der Hauer Birkner, Vater von mehreren Kindern, war sofort tot. Die drei anderen erlitten schwere Verlebungen.

Wahlkampf in Oberschlesien.

Die erste volkliche Wahlversammlung fand am vergangenen Samstag in Kattowitz statt. Es handelte sich um eine Tagung des Rücksitzgenverbundes, des Westmärktenvereins und des Flüchtlingsverbandes. In der Versammlung wurde in einer Resolution gefordert, daß die Wahlen in den ländlichen und städtischen Gemeinden getrennt stattfinden. Die Behörden wurden aufgefordert, der staatsfeindlichen Arbeit der Kustospartei und der deutschen Sozialdemokraten energisch entgegenzutreten.

Reichenbach. Ein Motorradungluß ereignete sich zwischen Stolbergdorf und Haulbrück. Ein Motorradfahrer stürzte mit solcher Wucht, daß er mit schwerem Schädelbruch liegen blieb. Es handelt sich um den Schlosser Kriebe aus Haulbrück. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins Johannisberghaus nach Reichenbach überführt.

Reichenbach. Der gerettete Selbstmörder. Seinem Leben durchs ein Ende machen wollte am Dienstagmorgen ein junger Kaufmann aus Reichenbach. Er legte sich auf der Bahlinie Schweidnitz auf die Schienen und konnte nur mit Mühe vom Streckenpersonal fortgebracht werden. Man brachte den Lebensmüden in einer Bahnwärtewunde unter. Hier entfloh er, um sich sofort wieder auf die Schienen zu legen. Man beschwichtigte schließlich die nächste Station, die vom Bahnhof Reichenbach eine Maschine abgehen ließ, die in voller Fahrt nach der Stelle fuhr, wo der geduldig wartende Selbstmordkandidat in die Lokomotive verfrachtet und dann in Reichenbach in Schußhaft genommen wurde.

Weissmühle. Aus Liebeskummer in den Tod gegangen. Der Zigarrenmacher Hassa hat gestern nach Selbstmord durch Etritten verstorben. Er verfehlte seit einiger Zeit mit einem Mädchen, die aber das Verhältnis lösen wollte. Gelegentlich einer Tanzmusik kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden. Da das Mädchen auch jetzt nicht die alten Beziehungen weiter aufrechterhalten wollte, sagte er, daß er ins Wasser gehen würde. Er verschwand und war nach kurzer Zeit in der Hammerfische, die infolge ihrer Tiefe öfters von Selbstmördern aufgesucht werden ist, untergegangen. Die Leiche des 27-jährigen Mannes wurde erst beim Tagesgrauen aus dem Wasser gezogen.

Reinerz. Beim Forellensingen ins Wasser gestürzt und ertrunken ist hier eine junge Frau aus Lewin.

Hagnau. Vor den Augen geworfen hat sich auf der Strecke Hagnau-Steinendorf der Dachdeckermeister Krause aus Steinendorf. Ihm wurde der Kopf glatt abgeschlagen.

Hoyerswerda. Mehrere Scheunen niedergebrannt sind in der Gemeinde Dörgenhausen in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag. Die Scheunen der Landwirte Ritus und Jüd wurden vollständig ein Raub der Flammen. Sämtliche Entnahmestände wurden vernichtet. Durch Feuerwehr wurde auch noch die Scheune des Gemeindewerders Münch erspart und ebenfalls vernichtet. Es ist Brandstiftung anzunehmen.

Hirschberg. Ein Fiasco der Roten Frontkämpfer. Der mit großer Reklame hier angekündigte Aufmarsch der Roten Frontkämpfer ist läufig zusammengebrochen. Statt der angekündigten 6000 Teilnehmer brachte man mit Mühe 500 auf die Bühne. Zur Überraschung verließ der rote Tag die Hirschberg ganz programmatisch. Die Sozialdemokratie wurde mit den bekannten formellen Ausführungen zur Genüge angepöbelt. Das war das einzige „Heroische“ an dem ganzen großen Festtage.

Groß-Strehly. Wieder der Schießprügel. Der Sohn des bisherigen Hauptleiters John aus Schwedowitz spielte mit einem Gewehr. Dabei löste sich ein Schuß los, der den Knaben so unglücklich traf, daß er bald darauf verstarrt.

Leobschütz. Mord und Selbstmord eines 19-jährigen. Der 19-jährige Sohn des Windmühlenbesitzers Burghardt in Rosenthal in der Mühle seines Vaters die 16-jährige Tochter des Bäckermeisters Dubiel und tötete sich dann selbst durch einen Schuß. Nach der Lage der aufgefundenen Leichen zu urteilen, wird beiderseitiges Einverständnis angenommen. Der Grund zur Tat ist noch unbekannt.

Kronen- u. Begräbniskasse „Hoffnung“

Am 24. August verschied unser wertes Mitglied

Frau Pauline Blaser

im Alter von 63 Jahren.

Sie ruhe in Frieden!

Der Verstand.

Beerdigung: Freitag, den 27. August, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle des Paulus-Friedhofes in Cosel.

597

Danksagung.

Herzlichen Dank Allen für die Teilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen, des Eisenbahnschaffners Karl Peuker. Besonderen Dank Herrn Pastor Fischer für die tröstenden Worte, den Mitbewohnern des Hauses Leuthenstraße 62 sowie den Bediensteten des Bahnhofs Modlern Rbg. Anna Peuker, geb. Blasdek, nebst Kindern.

598

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die herrlichen Kränze und Blumen beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen, des Eisenbahnschaffners Karl Peuker. Besonderen Dank Herrn Pastor Fischer für die tröstenden Worte, den Mitbewohnern des Hauses Leuthenstraße 62 sowie den Bediensteten des Bahnhofs Modlern Rbg. Dank Herrn Pastor Fischer von St. Paulus für seine tröstlichen Worte am Grabe.

598

August Heinz
nebst Kindern und Anverwandten

Am 24. August, vormittags 9½ Uhr, starb unerwartet auf einem Spaziergang unser lieber Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Pensionär

Artur Wank

im Alter von 61 Jahren, nachdem seine Frau vor 8 Monaten gestorben war.

Breslau, Elmshorn, Beckum:
Sadowastraße 62.

13342

Die französischen Mitternächte.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des neuen Magdalenenfriedhofes aus statt.

Zertifikat
S.-R. Dr. Gabauer

Nano und
gebrannte
Leichte Teekühlung.
Grenzsch., Herrenstr. 24
Eigene Reparaturwerkstatt

Bekleidung
Ländliche
Betriebe.
Gediegene
Qualitäts-
Bekleidung
Fertig
Kinder-
bekleidung
Kinder-Art.
E. 12-17.

Buchdruckerei Volkswacht

In meine neue Werkstatt - Mitternächte

Sied ich zu direkt zu meiner Dampfdestillation

Bremer Brantwein 35%, Ltr. m. 2.10

In Weinhandl-Verschiff 12. Ltr. 2.80

Edler Weinbrand „Janus“ 12. Ltr. 3.50

Qualitäts-Weine, 35%.

Cherry-Brandy, Cognac, weiß und
orange, Kirsch, Pernod, Sauterne
orange, 1. Ltr. inkl. Glas 3.00

direkt vom Fab.

In Apfelwein (über 12%) 12. Ltr. 0.70

In Tarragona 12. Ltr. 1.40

In Malaga 12. Ltr. 1.50

22er Mosel- u. Rheinweine 12. Ltr. 0.75.

Preise inkl. stadt. Getränke-Steuer.

Bestell-
oder
Ankunft
für Festlichkeiten!

W.H. Reichmann
Gesellschafts- und Vergnügungshaus
Menzelstraße 48.

seine gesanglichen Darbietungen nicht den gewünschten Anklang fanden, weil die Hunde in den benachbarten Gründen immer laut röhren, oder weil seine bessere Hälfte ihm immer energetischer auf den Leib rückte, drückt sein edles Organ mit einem jähren Weinen ab. Und nun begann als zweiter Teil des Programms das bezeichnendste, eine Schimpfanade, die einem alten Unteroffizier alle Ehre gemacht hätte. „Heinrich“ (unter Kreisleiter heißt so), Du verfl . . . Deuge, komm mal runter“, und was der artige böse Neukerungen mehr sind, die wiederzugeben sich die Feder kraubt. Als sich trotz aller geistigen Anstrengungen der Italiere immer noch nicht zeigt, begann nun unser Schauspieler, um sich in seiner ganzen Vielseitigkeit zu zeigen, einen wahnsinnigen Indianertanz oder Schuhplattler (der ein Nationaltheater noch unzähliger Ureinwohner der königlichen Republik Bayern sein soll) und begleitete seine akrobatischen Vorführungen mit Händeklatschen und einem überschnappenden „Hopppla-Trollala“. Die Tanzbären, die seinerzeit hier durchzogen waren, tierische Tanzgirls dagegen. Der besorgte Chefzau, die diesem Menschenlein ein Ende bereiten wollte, wurden sehr energisch einige in die Fr . . . angeboten, was die ideale Krönung einer christlich-nationalen Ehe zu sein scheint. Nach einem mißglückten Kleiterversuch auf die Lichtstange, um scheinbar von oben „Was kommt dort von der Höh“ singen zu können, schloß das gut allgemeinen Zufriedenheit verlaufene Programm.

Dem DNVP zu seinem neuen Kunstgenie unseren herzlichsten Glückwunsch. Ein Karussel wäre vor Reid gelaufen. Wie wir jedoch hören, beabsichtigt unser Kamerad Meier, seurige Kohlen auf das Haupt seines Feindes zu sammeln und ihm — zum Segen der Menschheit — unentgänglich Gefangenschaft zu geben. Und für die nächste Aufführung, Herr Stenzel, bitten wir um rechtzeitige Einladung. Wenn Sie einen Pressesprecher dort haben wollen, ist dies so üblich. Und braucht dann vor allen Dingen nicht so zu schreiben. Für die nötige Reklame sorgen wir! Wiederhören!

Arbeiter-Sport

S.-B. Boselton, e. B. Sämtliche Mitwirkenden an der Volksrally müssen Donnerstag und Sonnabend zu den letzten Proben und Arbeiten auf dem Bade erscheinen. Freitag findet sich alles um 6 Uhr an der Mauritiusbrücke ein. Rettungsschwimmer vollzählig erscheinen.

Freie Kanu-Vereinigung Breslau, e. B. Sonntag, vormittags von 7 Uhr an, ist Arbeitsdienst in Neuhaus. Da wichtige Arbeiten zu leisten sind, wird mit dem Erlösen aller Mitglieder gerechnet. Die nächste Vorstandssitzung ist Freitag, 8 Uhr, bei Genossen Allert, Sternstraße 53.

S.C. Eichenlaub 1910, Breslau. Sonnabend, 11. September, besteht der Verein im Etablissement Preußischer Hof zu Osmiklein 16. Stiftungsfest. Sportliche Vorführungen, Arbeiter-Gesangverein u. a. helfen das Fest verhindern. Die Herausforderungskämpfe des Vereins sind von besonderem Interesse für jeden Arbeiterportier. Hier treffen sich die besten Singer des Bezirks Breslau des Arbeiter-Athletenbundes. Spannende Kämpfe sind zu erwarten. Im Leichtgewicht ringen Reinhard Eichenlaub, gegen Jang, S. B. 1897. Bantamgewicht Walter Raabe gegen Knopel, Hellfest 04. Federgewicht, Hölzer gegen Burow, K. S. A. Schillers 1. Im Leichtgewicht treffen sich zwei Paare, Ostar Wolf, Eichenlaub, gegen Glotzky, Hellfest 04. Fliegengewicht Eichenlaub, gegen Hausschib, S. C. Siegfried 1925. Im Schwergewicht Walter Leichtenberger gegen Paulde, K.S.A. Schillers 1. Im Schwergewicht Alfred Vogel, Eichenlaub, gegen Karl Peter, Arbeiter-Athletenverein Breslau. Anfang 7 Uhr. Im Oktober unternimmt der Verein eine Tournee mit den Ringermannschaft nach Thüringen. In Gotha, Apolda, Altenau, Eisversleben und Zella-Mehlis werden Freundschaftskämpfe ausgetragen. Weihnachten ringt die Mannschaft gegen den Kreismeister des 3. Kreises, „Silesia“ Stettin und „Hellas“ Fraendorf. Verhandlungen für eine Oktorenbentournee sind mit dem Kreis 3 im Gange.

Mannschaftskampf im Ringen Berlin—Liegnitz des Arbeiter-Athletenbundes. Die Sportliche Vereinigung Nord-Ost, Berlin, die sich auf der Reise zur Stadion-Einweihung nach Waldenburg befand, macht in Liegnitz Station, um einen Freundschaftskampf im Ringen auszutragen. Außerdem kam Lagerpuß mit und zeigte seine Leistungen im Hosen. Lagerpuß bei einem Körpergewicht von 140 Pfds. riß einarmig 140 Pfds. Korsett, 150 Pfds. verlor er zweimal, brachte sie zur Hochstrecke, doch konnte er nicht fixieren. Beidarmig riß er 170 Pfund. Bei beidarmig Stößen brachte er es mit freiem Umsegen auf 230 Pfund, mit zweitem Tempo-Umsegen auf 240 Pfund. Gerungen wurde in sieben Runden. Der Kampf endete mit 7:7 Punkten unentschieden. Im Federgewicht erzielte Berlin einen Sieg. Beide Liegnitz konnte für uns ausgleichen. Die anderen fünf Kämpfe endeten unentschieden. Geläufig wurde sehr gut.

